



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE POLNISCHE LINKE

■ ANALYSE

Polens Linke und alternative Milieus:

Ansätze für ein Revirement der polnischen Sozialdemokraten?

Stefan Garsztecki, Chemnitz

2

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Umfragen zu Wahlverhalten und politischen Selbsteinordnungen

7

■ CHRONIK

Vom 5. bis zum 18. April 2011

13

Polens Linke und alternative Milieus: Ansätze für ein Revirement der polnischen Sozialdemokraten?

Stefan Garsztecki, Chemnitz

Zusammenfassung

Polens Linke hatte es in den vergangenen Jahren schwer. Nach der Ablösung der von der *Demokratischen Linksalianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*), der Nachfolgepartei der polnischen Kommunisten, geführten Regierung von Marek Belka waren Polens Linke jahrelang fast in der Bedeutungslosigkeit versunken. Der an Korruptionsaffären und internen Streitigkeiten fast zerbrochenen Partei, von der sich ein Erneuerungsflügel um Marek Borowski im Jahr 2004 abspaltete und mit Mitgliedern der *Arbeitsunion* (*Unia Pracy – UP*) die *Polnische Sozialdemokratie* (*Socjaldemokracja Polska – SdPl*) gründete, ohne bei Wahlen nennenswerte Erfolge erzielen zu können, gelang es erst im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen im Juni 2010 mit ihrem Kandidaten und Parteivorsitzenden Grzegorz Napieralski, der überraschend 13,7 % der Stimmen erzielte, wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Allerdings schien dieser Wahlerfolg eher durch die Wahlentscheidung solcher Menschen verursacht worden zu sein, die sich vom verbreiteten Pathos und den religiösen Gefühlen in Teilen der Bevölkerung nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk nicht mehr repräsentiert sahen. Das klare Bekenntnis von Napieralski zum säkularen Staat schien hier genau zu passen. Ohne die Erschließung neuer, alternativer, städtischer und (post)moderner Milieus erscheint es aber zweifelhaft, ob der *SLD* der *turn around* zu einer modernen sozialdemokratischen Partei gelingt, die attraktiv für die gesellschaftliche Mitte und städtische Milieus ist und auch Antworten auf die wichtigen Fragen des Landes wie z. B. die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und die Energiesicherheit zu geben vermag.

Polens Linke – lange Zeit ein Trauerspiel

Die wichtigste Partei der politischen Linken in Polen ist seit Entstehen der III. Polnischen Republik die *SLD*. Zunächst ging sie als *Sozialdemokratie der Republik Polen* (*Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej – SdRP*) im Januar 1990 aus der kommunistischen Partei Polens hervor, die seit 1948 unter der Bezeichnung *Polnische Vereinigte Arbeiterpartei* (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR*) regierte, um gemeinsam mit anderen Parteien, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen im Jahr 1990 die *Demokratische Linksalianz* zu gründen. Im Jahr 1999 wurde dieses Bündnis von etwa 30 Parteien und Gruppierungen in eine einheitliche Partei unter der gleichen Bezeichnung, *SLD*, umgewandelt, die vor allem von den Spitzenpolitikern der *SdRP* dominiert wurde, die gleichzeitig ihre Auflösung bekannt gab.

Weitere Parteien mit sozialistischem bzw. sozialdemokratischem Profil laut eigener Deklaration sind die *Polnische Sozialdemokratie*, die 2004 als Abspaltung der *SLD* entstand, und die *Polnische Sozialistische Partei* (*Polska Partia Socjalistyczna – PPS*), die bereits Ende des 19. Jahrhunderts gegründet worden war, zur Zeit der Volksrepublik Polen verboten war, da sich Teile der Partei der Zwangsvereinigung mit der polnischen kommunistischen Partei, die den Namen *Polnische Arbeiterpartei* (*Polska Partia Robotnicza – PPR*) trug, zur *PZPR* im Jahr 1948 verweigert hatten, und die im November 1987 noch im Untergrund neu gegründet wurde.

Zu nennen sind auch die *Arbeitsunion*, die erste Partei aus dem Milieu der Gewerkschaft *Solidarność*, die sich für ehemalige Mitglieder der *PZPR* öffnete, die *Union der Linken* (*Unia Lewicy – UL*), die im Dezember 2004 als Koalition linker Parteien gegründet wurde, und der Zusammenschluss *Linke und Demokraten* (*Lewica i Demokraci – LiD*), der im Herbst 2006 von den Parteien *SLD*, *SdPl*, der *PD* (*Partia Demokratyczna – Demokratische Partei*), die aus der *Freiheitsunion* (*Unia Wolności – UW*), einer Post-*Solidarność*-Gruppierung um Intellektuelle wie Tadeusz Mazowiecki oder Bronisław Geremek hervorgegangen war, und der *UP* gegründet wurde. Bereits im Frühjahr 2008 hörte der Zusammenschluss *LiD* formal auf zu existieren, nachdem die *SLD* die Zusammenarbeit mit der *PD* beendet hatte.

Schließlich können als linke Parteien noch die im Jahr 2007 entstandene *Frauenpartei* (*Partia Kobiet*), die im Februar 2004 gegründeten *Grünen* (*Zieloni 2004*) sowie die gleichfalls im Februar 2004 wenige Tage früher registrierte *Partei der Grünen der Republik* (*Partia Zielonych Rzeczypospolitej*) angeführt werden. Während sich die erstgenannte grüne Partei als ökologisch, pazifistisch und feministisch versteht, sieht sich die andere grüne Partei als eher rein ökologische und basisdemokratische Partei, die nur bedingt zu den neuen sozialen Bewegungen zu rechnen ist.

Alle diese genannten Parteien und Zusammenschlüsse liegen heute nach Umfragen des angesehenen Meinungsforschungsinstituts CBOS mit Ausnahme der

SLD in Umfragen bei 1 % (*Frauenpartei*) oder sogar darunter, so dass sie nahezu ohne Bedeutung sind. Die *SLD* kommt in diesen Umfragen auf 16 %, der höchste Wert seit Februar 2004. Damals befand sich die *SLD* in einer tiefen Krise. Zwar stand sie noch der Regierung vor – 2001 war mit 41 % der Stimmen ein erdrutschartiger Wahlsieg in den Parlamentswahlen errungen worden –, aber Ministerpräsident Leszek Miller war in der Bevölkerung und auch in der eigenen Partei zunehmend unpopulär, führte seit 2003 nur noch eine Minderheitsregierung und trat nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union im Mai 2004 zurück. Der parteilose Nachfolger und angesehene Wirtschaftsprofessor Marek Belka, der bis zu den regulären Neuwahlen im Herbst 2005 die Regierung als Ministerpräsident führen sollte, konnte aber den Niedergang der *SLD* ebenso wenig aufhalten wie der nach parteiinternen Querelen im Frühjahr 2005 gewählte, damals mit 31 Jahren sehr junge neue Vorsitzende Wojciech Olejniczak. Die *SLD* wurde in der Bevölkerung vor allem mit Korruption und zahlreichen Affären assoziiert und musste zwischenzeitlich gar um den Wiedereinzug ins Parlament fürchten. Zwar gelang dieser mit 11,3 % bei den Parlamentswahlen im Jahr 2005, aber zugleich war es das schlechteste Ergebnis seit der Parteigründung und auch in den darauf folgenden vorgezogenen Parlamentswahlen von 2007 gelang mit 13,15 % keine wirkliche Erholung.

Damit hatte die *SLD* ihr in den 1990er Jahren aufgebautes politisches Kapitel in kurzer Zeit auf dramatische Weise verspielt, nachdem lange Zeit aufeinander folgende Wahlen neue Erfolge gebracht hatten. Zwar war die erste Regierungsbeteiligung von 1993 bis 1997 auf eine Wahlperiode beschränkt, aber dennoch nahm der prozentuale Stimmenanteil sowohl 1997 wie auch 2001, als die nächste Regierung von der *SLD* gestellt wurde, zu. Zudem stellte sie mit Aleksander Kwaśniewski, dem Vorsitzenden der *SdRP* bis 1995, über zwei Amtszeiten von 1995 bis 2005 einen in der Bevölkerung äußerst beliebten Präsidenten. Wie ist dann dieser in seinen Ausmaßen dramatische Niedergang zu erklären?

Die *SLD* hatte nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Volksrepublik Polen lange Zeit ein doppeltes Handicap zu bewältigen. Erstens wurde die Partei in der politischen Auseinandersetzung stets verkürzt als postkommunistische Partei bezeichnet. Im Gegensatz zu den tschechischen Sozialdemokraten ist die *SLD* in der Tat eine Nachfolgepartei – der *PZPR*. Diese Bezeichnung war zwar von der Genese her korrekt, programmatisch jedoch nahezu von Beginn der Transformation an fraglich. Schließlich stützte die Partei den demokratischen Wandel, die Privatisierung und die marktwirtschaftlichen Reformen und auch die Mitgliedschaft in NATO und EU. Habituell schien die Bezeich-

nung postkommunistisch allerdings lange Zeit zutreffend zu sein, wohl bis zur Wahl von Olejniczak zum Parteivorsitzenden im Jahr 2005. Bis dato bestimmten mächtige Provinzfürsten, die sogenannten Barone, die Geschicke der Partei und betrieben Politik vor allem hinter den Kulissen auf der Basis alter Netzwerke aus kommunistischer Zeit. Die Sicherung von Einfluss in Politik, Medien und Wirtschaft schien an erster Stelle zu stehen und nicht *Good Governance* oder gar konzeptionelle Überlegungen über eine neue Partei. Zweitens hat es die *SLD* aufgrund leichter Wahlerfolge, die durch die Zerstrittenheit der post-Solidarność-Parteien, die sozialen Härten der Transformation und eine verbreitete paternalistische Einstellung in der Bevölkerung möglich wurden, versäumt, sich programmatisch neu aufzustellen, neue Wählerschichten vor allem im städtischen Milieu zu erschließen und auch die kommunistische Unrechtsherrschaft entschieden aufzuarbeiten.

Die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen vom Juni 2010, nach dem Tod des amtierenden Präsidenten Lech Kaczyński beim Flugzeugabsturz bei Smolensk, stellten für die Partei aber einen Neuanfang dar, der sich in einem unerwartet guten Ergebnis in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen niederschlug.

Auf zu neuen Ufern:

Die Präsidentschaftswahlen und ihre Folgen

Spitzenkandidat der *SLD* in den Präsidentschaftswahlen des letzten Jahres war der Parteivorsitzende Grzegorz Napieralski, der im Mai 2008 überraschend in einer Kampfabstimmung den damaligen glücklosen Vorsitzenden Wojciech Olejniczak abgelöst hatte, ohne dass dies in den Umfragen nennenswerte Zuwächse hervorgerufen hätte. Das gute Abschneiden von Napieralski in den Präsidentschaftswahlen war denn auch nahezu unerwartet, zumal er sehr kurzfristig den eigentlich vorgesehenen Spitzenkandidaten Jerzy Szmajdziński ersetzen musste, der gleichfalls bei der Katastrophe von Smolensk ums Leben gekommen war. In den Umfragen wurde Napieralski zwar sehr bald als dritter Kandidat eingestuft, allerdings im Mai noch mit einem geschätzten Ergebnis von 5 %, im Juni dann von 10 %. Und auch die *SLD* lag in der Sonntagsfrage im Juni 2010 mit 8 % doch noch beträchtlich hinter dem Wahlergebnis von Napieralski mit 13,7 %.

Was sind die Gründe für diese Entwicklung, die die *SLD* inzwischen sogar bei 16 % in neuesten Umfragen landen lässt und Napieralski Spitzenwerte bei Befragungen hinsichtlich des Politikervertrauens sichert? Offensichtlich hat es Grzegorz Napieralski geschafft, einen geschickten Wahlkampf zu führen und die richtigen Themen anzusprechen, die ihn deutlich von den Kandidaten Bronisław Komorowski von der konser-

vativ-liberalen *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)* und Jarosław Kaczyński von der national-konservativen Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* unterschieden. Dabei hatten prominente Vertreter der Linken wie der ehemalige Ministerpräsident Włodzimierz Cimoszewicz, um deren Kandidatur die *SLD* sich lange bemüht hatte, oder Marek Borowski von der *SdPL* und Tomasz Nałęcz, gleichfalls *SdPL*, der heute politischer Berater des Präsidenten Komorowski für Geschichte und nationales Erbe ist, von einer Kandidatur abgeraten, Cimoszewicz Napieralski gar bescheinigt, noch kein reifer Politiker zu sein. Napieralski verband im Wahlkampf jedoch erfolgreich soziale Fragen wie z. B. Arbeitnehmerrechte mit Aspekten des Bildungssystems und mit weltanschaulichen Zuspitzungen. Gerade im letzten Punkt und weniger in einem guten Wahlkampf oder in der doch recht blassen Persönlichkeit von Napieralski, der weder über das öffentliche Auftreten eines Aleksander Kwaśniewski noch über den Machtinstinkt eines Leszek Miller verfügt, ist der eigentliche Grund für den Wahlerfolg der *SLD* zu suchen.

Die seit dem Jahr 2005 andauernde und sich ab und an verschärfende Auseinandersetzung zwischen der konservativ-liberalen *PO* und der national-konservativen *PiS* lässt den Wählern zu wenig Alternativen. Soziale Forderungen, die von *PiS* regelmäßig in der Vergangenheit formuliert wurden – erinnert sei nur an den griffigen Wahlkampfeslogan von *PiS* aus dem Jahr 2005 »Solidarisches Polen vs. liberales Polen« (*Polska solidarna vs. Polska liberalna*) –, sind nicht im Stande, die national-religiöse und häufig aggressive Ansprache zu überdecken, die auf Wähler der Mitte und die junge städtische Mittelschicht abschreckend wirkt. Für religiös indifferente Menschen mit deutlich linken sozialen und politischen Ansichten ist der Unterschied zwischen *PO* und *PiS* zudem nicht sehr groß. Während im Jahr 2007 nach zwei Jahren Regierungszeit von *PiS* die *PO* noch die einzige Alternative zu einer Herrschaft von *PiS* und den ihr zugeschriebenen Projekten einer radikalen moralischen Erneuerung in Form der IV. Republik zu sein schien, wirkt diese Gefahr heute nicht mehr sehr real und die Politik von Ministerpräsident Donald Tusk wird wieder stärker im Lichte eigener politischer Überzeugungen und Ansichten und letztlich auch im Lichte der Bilanz seiner Regierungszeit wahrgenommen.

Auch ist eine Ermüdung an patriotisch-religiösen Themen wahrzunehmen gewesen, die Napieralski geschickt ausnutzte. Zwar wurde die Trauer nach der Katastrophe von Smolensk landesweit und alle Schichten und Milieus übergreifend empfunden, aber die offensichtliche Instrumentalisierung der Katastrophe zu politischen Zwecken und das deutliche Engagement von

hohen Kirchenvertretern z. B. für die Beisetzung des Präsidentenpaares Lech und Maria Kaczyński auf dem Wawel in Krakau, trotz verbreiteter Bedenken, schürte Ängste vor einer Vermischung von weltlichen und religiösen Angelegenheiten.

Allerdings ist noch offen, ob es der *SLD* dauerhaft gelingen wird, neue Wählerschichten anzuziehen. Dabei hat sich Napieralski nach dem ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen im Juni letzten Jahres zweifellos geschickt verhalten. Zwar qualifizierte er sich mit seinem Ergebnis nicht für die Stichwahl zwischen Komorowski und Kaczyński am 4. Juli 2010, aber sein gutes Ergebnis ließ die verbliebenen Kandidaten um ihn und seine Wählerschaft intensiv werben. In dieser Situation vermied es Napieralski, eine Wahlempfehlung abzugeben. Die sozialen Programmpunkte von *PiS* waren der *SLD* wohl näher, aber die mit *PiS* in den Augen der *SLD*-Wähler verknüpfte national-religiöse Rhetorik und der strikte Antikommunismus ließen heftige Abwehrreaktionen vermuten. Eine Wahlempfehlung zugunsten einer liberalen, stark am Markt orientierten Partei wäre aber mindestens ebenso ungeschickt gewesen. Also wartete Napieralski ab und versucht seitdem vor allem seine innerparteiliche Position zu festigen.

Welches ist aber bisher die Hauptwählerschaft der *SLD* bei diesem überraschenden politischen *comeback* und mit welchen Themen versucht die Partei diese Wählergruppen und womöglich neue Wählerschichten anzusprechen?

Programmatische Neuansätze

In ihrem aktuellen Parteiprogramm formuliert die *SLD* klassische sozialdemokratische bzw. linke Positionen. Sie spricht sich für gleiche Bildungschancen und für eine kostenlose Gesundheitsfürsorge im Rahmen einer Pflichtversicherung aus, für Gleichberechtigung von Mann und Frau und eine Gender-Politik, für die Stärkung der Zivilgesellschaft, für den Schutz von Arbeitnehmerrechten und dergleichen mehr.

Allerdings sieht sich die *SLD* gegenwärtig mit dem Problem konfrontiert, dass sie einen Teil einer potentiellen linken Wählerschaft überhaupt nicht erreicht. Wie die Untersuchungen der Wahlforscher im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2010 zeigten, haben für Napieralski vor allem Menschen mit linken politischen Ansichten – was immer das auch heißen mag –, Menschen mit etwas mehr Distanz zu religiösen Praktiken und Menschen mit einer etwas höheren Ausbildung aus großen, aber nicht den größten Städten und mit einem etwas über dem Durchschnitt liegenden Einkommen gestimmt. Die Verlierer der Transformation, Menschen mit geringerer Ausbildung, häufig auf dem Land ansässig, stimmten aber für Kaczyński und sind

in ihren Werten stark religiös und national geprägt, so dass für sie die *SLD* auf absehbare Zeit keine Alternative darstellen dürfte. So sind es vor allem Vertreter technischer Berufe der mittleren Ebene und auch Angestellte, die die Wählerschaft der *SLD* ausmachen. Hausfrauen, Schüler und Studenten, Facharbeiter, unqualifizierte Arbeiter deklarieren sich deutlich stärker als Anhänger von *PO* oder *PiS* denn als Unterstützer der *SLD*. Auch die naheliegende Vermutung, dass vor allem junge Menschen auf den fast »hippen« Wahlkampf von Napieralski angesprochen haben, scheint nicht ganz zu passen, wenn nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS sich im Juli letzten Jahres nur 6 % der Schüler und Studenten für die *SLD*, aber 37 % für die *PO* und immerhin 29 % für *PiS* aussprachen. Auch wenn solche Analysen nur eine Momentaufnahme darstellen, so scheint es doch noch ein weiter Weg zu parlamentarischen Mehrheiten oder zu einer Dominanz der politischen Debatte zu sein – häufig eine notwendige Voraussetzung für einen Regierungswechsel.

Entscheidend könnte es daher für die *SLD* sein, aus den engen Debatten der eigenen Partei herauszutreten und Anschluss an urbane linke Milieus zu finden, die es auch in Polen gibt. Im Verbund mit ihnen könnte man eventuell genügend politische Kraft entwickeln, um die politische Agenda mitzubestimmen. Zurzeit kommen spannende intellektuelle Angebote jedoch nicht aus dem Umfeld der *SLD*, sondern vor allem aus zwei Milieus: Auf der einen Seite von jungen Konservativen, die um das Museum des Warschauer Aufstands (Warschau) und um das Krakauer Zentrum politischen Denkens (Ośrodek Myśli Politycznej) herum konzentriert sind – beides Institutionen, die normativ *PiS* nahe stehen. Auf der anderen Seite aus dem Milieu der Zeitschrift *Krytyka Polityczna* (Politische Kritik), die seit 2002 besteht und von der bis heute 25 Nummern vorliegen. Sowohl *PO* wie auch *SLD* fallen im Vergleich mit diesen Milieus intellektuell etwas dürftig aus. Es erscheint daher wichtig für die *SLD*, einen engeren Zugang zu dem letztgenannten Milieu zu finden.

Alternative und linke Milieus in Polen

Der Zeitschrift *Krytyka Polityczna* (KP) ist es in den letzten Jahren gelungen, ein breites intellektuell anregendes linkes Milieu zu etablieren. Neben der Zeitschrift selbst, die zwei- bis dreimal im Jahr ein Themenheft herausgibt, existiert auch ein Verlag, der seit 2007 vor allem philosophische und gesellschaftspolitische Bücher polnischer Autoren oder Übersetzungen renommierter ausländischer Autoren wie z. B. des slowenischen Philosophen Slavoj Žižek oder der amerikanischen Philosophin und Geschlechterforscherin Judith Butler herausgegeben hat. Zudem bestehen mittlerweile auch über 20

politische Klubs der KP in den größeren Städten Polens, die lokale linke Milieus bilden und sich in gesellschaftliche Fragen einmischen sollen. Mit Hilfe von Seminaren, Vorträgen, Workshops, Festivals und Kontakten zu anderen gesellschaftlichen Organisationen sollen sie nach Selbstaufkunft der KP dabei mitwirken, ein linkes Ethos in Polen zu etablieren. Dabei berufen sich die Schöpfer der KP auf Stanisław Brzozowski, einen polnischen Philosophen und Literaturkritiker, der gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts großen Einfluss in Polen ausübte, auf die vom Publizisten Wilhelm Feldman, der mit der literarischen Moderne verbunden war, von 1901 bis 1914 herausgegebene Zeitschrift »Krytyka« (Kritik) und auf die zu Zeiten der verbotenen *Solidarność* in den 1980er Jahren erschienene Zeitschrift gleichen Namens, mit der u. a. der prominente Dissident und *Solidarność*-Aktivist Jacek Kuroń verbunden war. Es wird hier eine lange Traditionslinie aufgemacht, die stark mit der *PPS* aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg verknüpft ist – allerdings in moderner Gestalt.

Die Themen, die dabei aufgegriffen werden, umfassen u. a. Fragen der sozialen Gerechtigkeit, den Populismus, Aspekte der Vergangenheit, die Frage der Monogamie, die Rolle der Intellektuellen, um nur einige Themen zu nennen. Dem erst 32-jährigen Chefredakteur Sławomir Sierakowski ist es gelungen, einen breiten Kreis von prominenten Publizisten, Intellektuellen und Schriftstellern für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, u. a. die auch in Deutschland bekannte Schriftstellerin Olga Tokarczuk oder die Frauenrechtlerin Magdalena Środa.

Dennoch fällt es schwer, den realen Einfluss der KP zu bewerten. Zweifellos gelingt es ihr, zunehmend wichtige gesellschaftspolitische Themen aufzugreifen und mit intellektuellem Tiefgang zu präsentieren. Allerdings sind weder die Grünen noch die Globalisierungsgegner, in Polen als *Alterglobaliści* bezeichnet, oder die *Frauenpartei* im Parlament vertreten und die *SLD* kommt mit ihrem Wählermilieu, wie aufgezeigt wurde, und ihren Spitzenvertretern doch recht anti-intellektuell daher. Zudem ist die polnische Gesellschaft trotz aller Veränderungen der letzten zwanzig Jahren habituell konservativ, was sich z. B. an der nach wie vor starken Präsenz religiöser Normen, der Wertschätzung der Familien als Hauptträger der Werte und nicht zuletzt auch an der Dominanz der beiden konservativen Parteien *PO* und *PiS* ablesen lässt. Es erscheint daher unwahrscheinlich, dass aus dem Milieu der KP, selbst in Verbindung mit Globalisierungsgegnern oder den Grünen, in absehbarer Zeit eine politische Kraft entstehen könnte. So ist man denn auf die Flexibilität und die Kooperation mit der *SLD* angewiesen.

Veränderungen der Parteienlandschaft oder wer ist der polnische Zapatero?

Der jahrelang scheinbar zementierte Dualismus der beiden konservativen Parteien *PO* und *PiS* scheint gegenwärtig langsam zu reißen. Zwar gibt es in Polen nicht wie in Deutschland mit SPD, der Linken und den Grünen gleich drei Parteien, die mit gesellschaftlich und politisch als links deklarierten Positionen verknüpft werden, aber Umfragen zeigen trotz des geringeren parteipolitischen Angebots einen langsamen Umschwung in Richtung Links. Frühere Vermutungen von Politologen, wonach sich in Polen womöglich eine aus zwei Parteien bestehende politische Landschaft analog den Vereinigten Staaten von Amerika etablieren könnte, d. h. Parteien wie die *Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)* oder die *SLD* ähnlich wie die populistische Bauernpartei *Selbstverteidigung (Samobrona)* oder die rechtsnationale bzw. nationalistische *Liga Polnischer Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR)* nach den Parlamentswahlen von Herbst 2007 von der politischen Bühne verschwinden könnten, sind heute nicht mehr aktuell. Nach den letzten Umfragen des führenden Meinungsforschungsinstituts CBOS zur Wählergunst stehen die liberal-konservative *PO* des Ministerpräsidenten Donald Tusk und die oppositionelle national-konservative Partei *PiS* von Jarosław Kaczyński im März 2011 für 35 % bzw. 18 % der Wählerschaft. Nimmt man noch die gleichfalls konservativen Parteien *Polen ist am Wichtigsten (Polska Jest Najważniejsza – PJN)*, eine im November 2010 entstandene *PiS*-Abspaltung mit 3 % und die an der Regierung beteiligte *PSL* mit 4 % hinzu, so scheint das konservative Lager nach wie vor erdrückend. Allerdings erhält die *SLD* in dieser Umfrage von März 2011 16 %, der höchste Wert seit Februar 2004 – damals 18 % und ein Beleg für die stetig steigende Notierung. Weitere Daten belegen zudem, dass sich deutlich mehr Menschen für ein solidarisches Polen und damit potentiell für linke Positionen aussprechen, als der Prozentsatz der *SLD* in Umfragen vermuten lässt.

Damit wird die *SLD* angesichts der Parlamentswahlen im Herbst dieses Jahres plötzlich koalitionsfähig, zumal die *PO* von Ministerpräsident Tusk von ihrem Hoch von über 50 % Anfang des Jahres 2008, also kurz nach den gewonnenen Parlamentswahlen, deutlich verloren hat. Die Parteistrategen diskutieren

denn auch intensiv Koalitionsoptionen und dabei scheint eine potentielle Koalition zwischen *PiS* und *SLD* nicht mehr ganz ausgeschlossen. Die Nähe der sozialen Postulate spricht sogar dafür, während die national-religiöse Rhetorik die *SLD* eher abschrecken dürfte. Zumindest wehrt Napieralski bisher alle Avancen von Seiten Jarosław Kaczyńskis (*PiS*) ab. Da absehbar ist, dass die *PO* nach den Wahlen zwar stärkste politische Kraft bleiben dürfte, aber erstens nicht allein regieren können und sie zweitens ihren Koalitionspartner *PSL* verlieren könnte, der aktuell in Umfragen unter der 5 %-Hürde liegt, muss Napieralski lediglich auf ein besseres Angebot warten. Zudem hat er innerparteilich und auch unter den frisch gewonnenen Wählern zuviel zu verlieren, da kaum jemand so polarisiert wie Jarosław Kaczyński – und dies besonders auf der linken Seite.

Allerdings wird es für die *SLD* schwer werden, aus der Rolle des eventuellen Juniorpartners herauszuwachsen, wenn sie nicht intellektuell und personell ein anspruchsvolleres Programm präsentiert. Offene Fragen, über die es sich gesellschaftlich zu streiten lohnte, liegen förmlich auf der Hand. Es ist das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, der Umgang mit In-vitro-Fertilisation, eine adäquate, nicht polarisierende Geschichtspolitik, Arbeitnehmerrechte, die sozialen Sicherungssysteme, um nur einige Punkte anzuführen. Ein Projekt einer neuen polnischen Linken, die diese Fragen kreativ aufgreift, würde tatsächlich einen polnischen Zapatero benötigen, d. h. einen charismatischen Parteiführer, dem es gelingt, die verschiedenen linken Milieus zu einigen und zu einer echten Wahlalternative zu formen. Grzegorz Napieralski scheint dieses Potential nicht zu besitzen, aber andererseits wurde er auch vor den Präsidentschaftswahlen unterschätzt. Entscheidend wird wohl eine enge Kooperation mit linken Milieus wie der *Krytyka Polityczna* sein, was aber im Herbst eine Regierungsbeteiligung ausschließen würde, da ansonsten die zersetzenden Kräfte der linken Szene dominieren würden. Für die *SLD* scheint dies aber die einzige Möglichkeit zu sein, den engen Rahmen der Partei zu überwinden und auch wieder verstärkt junge Wähler zu gewinnen. Der eigentliche Reifetest für Napieralski ist also, wie er mit dem Kapital des Wahlerfolges umgehen wird.

Über den Autor

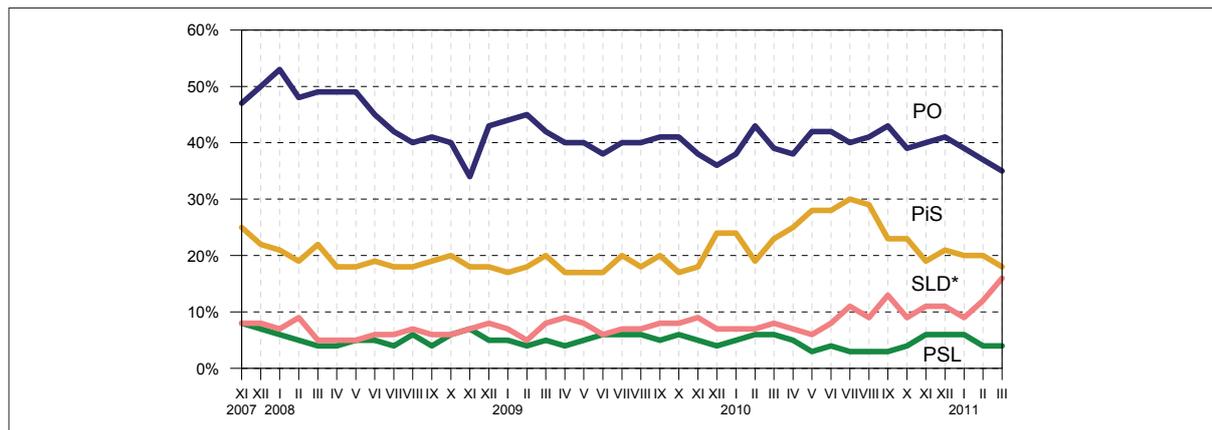
Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Politologe, Professor für Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas an der TU Chemnitz.

Lesetipp:

Stefanie Peter/Philipp Goll: In der Schönen Neuen Welt. Wie die Zeitschrift *Krytyka Polityczna* die Grenzen zwischen Politik und Kunst aufhebt und Polens Kulturszene umkrempelt, in: Jahrbuch Polen 2011 Kultur, herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2011. S. 88–100.

Umfragen zu Wahlverhalten und politischen Selbsteinordnungen

Grafik 1: Welche Kandidaten würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Parlaments- und Senatswahlen wären?

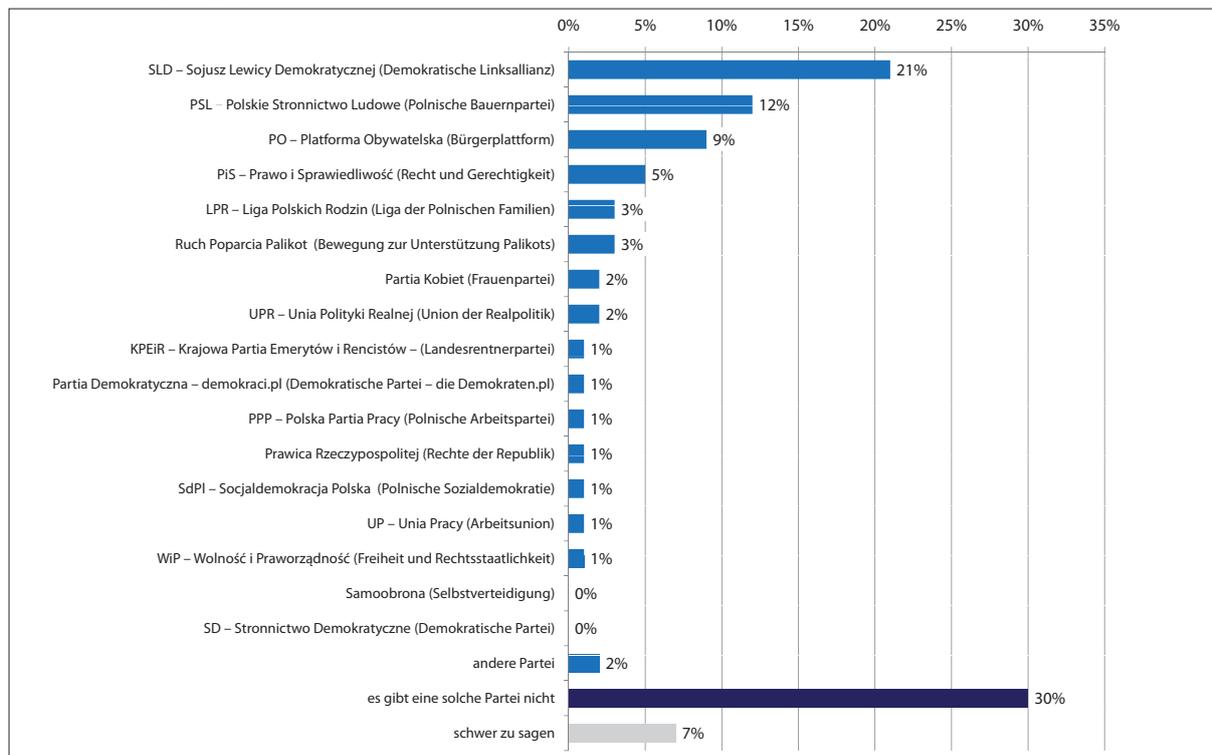


PO – Platforma Obywatelska (Bürgerplattform); PiS – Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit); SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej (Demokratische Linksallianz); PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe (Polnische Bauernpartei)

* Nov. 2007 bis März 2008 Unterstützung für das Bündnis Linke und Demokraten (LiD – Lewica i Demokraci)

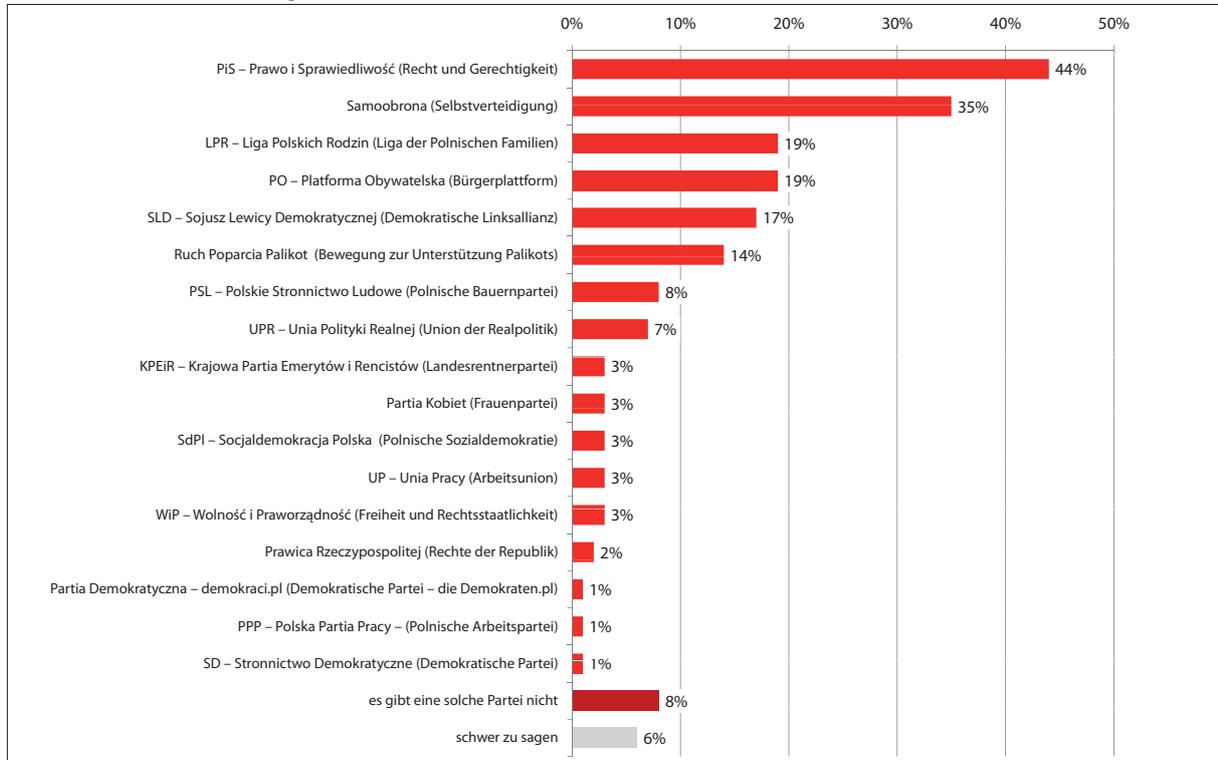
Quelle: CBOS, BS/24/2011: Preferencje partyjne w marcu, czyli trzecia siła wraca do gry [Parteipräferenzen im März, d. h. die dritte Kraft kommt ins Spiel]. Warszawa 03/2011. www.cbos.pl

Grafik 2: Wen würden Sie wählen, wenn Sie einen Kandidaten einer weiteren Partei wählen könnten?



Quelle: CBOS, BS/151/2010: Alternatywy wyborcze i elektoraty negatywne [Wahlalternativen und negative Wählerschaften]. Warszawa 11/2010. www.cbos.pl

Grafik 3: Welche der genannten Parteien würden Sie bestimmt nicht wählen?



Die Gesamtsumme ergibt mehr als 100 %, da die Befragten mehr als eine Partei auswählen konnten.

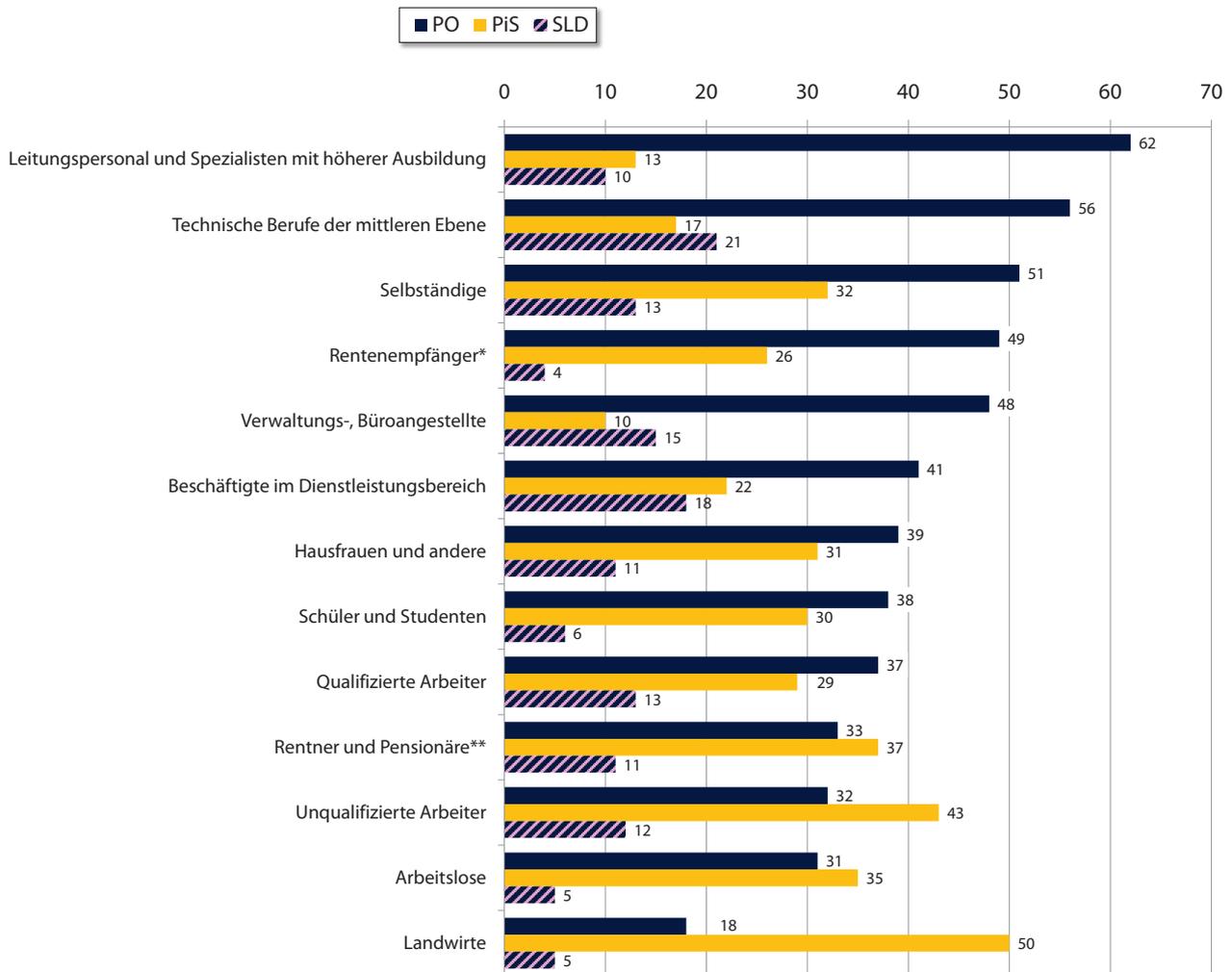
Quelle: CBOS, BS/151/2010: Alternatywy wyborcze i elektoraty negatywne [Wahlalternativen und negative Wählerschaften]. Warszawa 11/2010. www.cbos.pl

Tabelle 1: Wahlverhalten bei den Präsidentschaftswahlen 2005 und 2010

Wen haben Sie im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 20. Juni 2010 gewählt?	Wen haben Sie bei den Präsidentschaftswahlen 2005 gewählt? (%)	
	Lech Kaczyński	Donald Tusk
Marek Jurek	1	1
Jarosław Kaczyński	70	4
Bronisław Komorowski	13	69
Janusz Korwin-Mikke	2	1
Andrzej Lepper	1	0
Kornel Morawiecki	0	0
Grzegorz Napieralski	7	21
Andrzej Olechowski	1	1
Waldemar Pawlak	2	2
Bogusław Ziętek	0	0
schwer zu sagen	1	1
keine Antwort	2	0

Quelle: CBOS, BS/124/2010: Wybory prezydenckie w cieniu katastrofy smoleńskiej [Die Präsidentschaftswahlen im Schatten der Katastrophe von Smolensk]. Warszawa 09/2010. www.cbos.pl

Grafik 4: Potentielle Wähler nach Berufsgruppen (%)

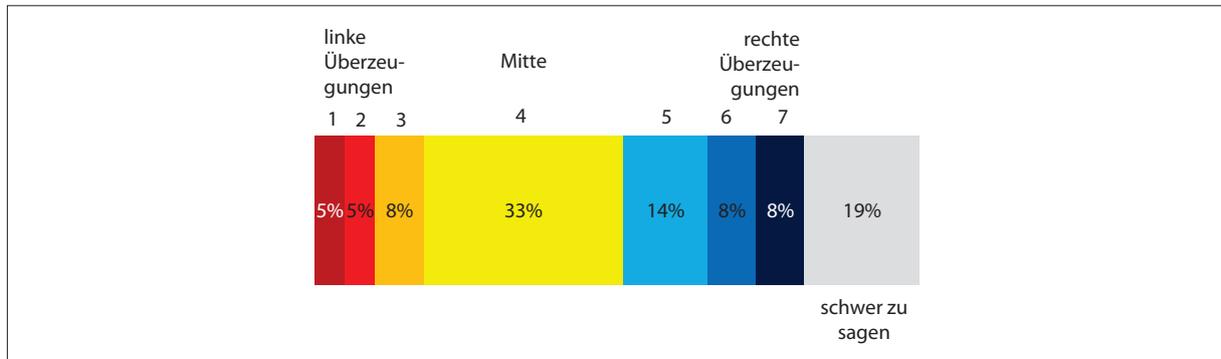


*Rentenempfänger ausgenommen Altersrente; **Empfänger einer Altersrente

PO – Platforma Obywatelska (Bürgerplattform), PiS – Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit); SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej (Demokratische Linksallianz)

Quelle: CBOS, BS/102/2010: Preferencje partyjne w lipcu oraz elektoraty trzech największych ugrupowań [Parteipräferenzen im Juli und die Wähler der drei größten Gruppierungen]. Warszawa 07/2010. www.cbos.pl

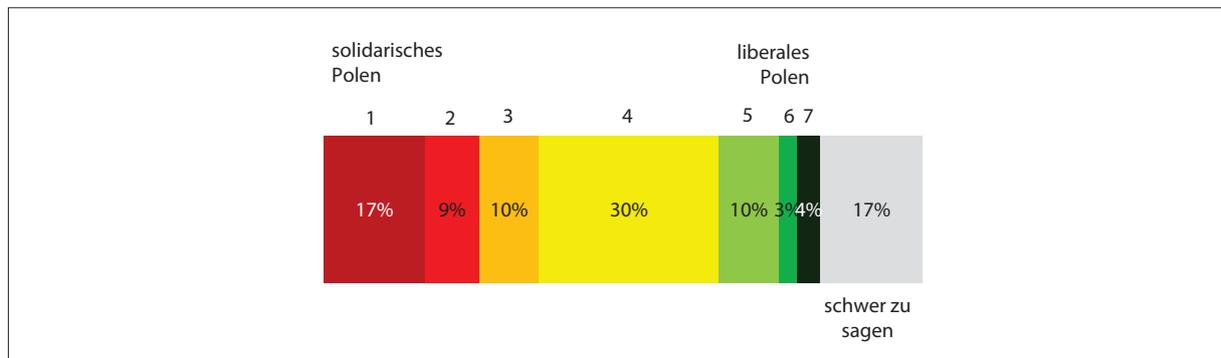
Grafik 5: Selbsteinordnung auf einer Links-Rechts-Skala*



*Es handelte sich um eine 7-Punkte-Skala, auf der die Befragten ihre Überzeugungen einordnen sollten. »1« bedeutete linke Überzeugungen und »7« rechte Überzeugungen.

Quelle: CBOS, BS/124/2010: Wybory prezydenckie w cieniu katastrofy smoleńskiej [Die Präsidentschaftswahlen im Schatten der Katastrophe von Smolensk]. Warszawa 09/2010. www.cbos.pl

Grafik 6: Selbsteinordnung auf der Skala »Solidarisches Polen – liberales Polen«*



*Es handelte sich um eine 7-Punkte-Skala, auf der »1« solidarisches Polen und »7« liberales Polen bedeutete. Die Befragten sollten ihre Position sowie die Positionen der beiden Hauptkandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2010, Bronisław Komorowski und Jarosław Kaczyński, einordnen.

Quelle: CBOS, BS/124/2010: Wybory prezydenckie w cieniu katastrofy smoleńskiej [Die Präsidentschaftswahlen im Schatten der Katastrophe von Smolensk]. Warszawa 09/2010. www.cbos.pl

Tabelle 2: Vertrauen in die Politiker (%)

	08/09	09/09	10/09	11/09	12/09	01/10	02/10	03/10	04/10	05/10	06/10	07/10	08/10	09/10	10/10	11/10	12/10	01/11	02/11
Mariusz Błaszczak (zzt. Fraktionsvorsitzender von PiS)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11	9	8	10	12	11	12
Michał Boni (zzt. Chefberater des Ministerpräsidenten)	17	17	15	16	19	20	19	19	20	24	24	22	22	26	22	22	21	22	23
Bogdan Borusewicz (zzt. Senatsmarschall, PO)	28	24	23	-	20	22	22	20	31	29	27	30	28	33	28	29	28	26	25
Jolanta Fedak (zzt. Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik, PSL)	9	-	-	9	-	10	11	-	10	-	-	-	13	14	-	-	15	17	15
Jarosław Kaczyński (zzt. Parteivorsitzender von PiS)	25	25	24	23	28	28	27	29	42	45	47	48	44	34	34	27	30	31	27
Bogdan Klich (zzt. Verteidigungsminister, PO)	-	26	23	-	21	-	23	-	-	30	30	26	29	32	28	30	30	32	29
Jolanta Kluzik-Rostkowska (zzt. Fraktionsvorsitzende von PiN)	8	-	-	-	-	-	-	-	-	16	16	23	-	-	25	33	36	33	28
Bronisław Komorowski (zzt. Staatspräsident, PO)	50	49	49	48	44	45	54	57	65	70	65	66	63	66	62	66	67	65	65
Ewa Kopacz (zzt. Gesundheitsministerin, PO)	29	29	26	28	26	29	32	30	36	47	48	45	42	45	46	48	43	39	40
Krzysztof Kwiatkowski (zzt. Justizminister, PO)	-	-	-	-	7	-	12	-	-	12	-	-	-	-	-	16	-	17	20
Jerzy Miller (zzt. Innenminister, PO)	-	-	-	17	-	-	-	-	-	-	37	30	35	33	28	28	29	27	37

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 2: Vertrauen in die Politiker (%) (Fortsetzung)

	08/09	09/09	10/09	11/09	12/09	01/10	02/10	03/10	04/10	05/10	06/10	07/10	08/10	09/10	10/10	11/10	12/10	01/11	02/11
Grzegorz Napieralski (Parteivorsitzender von SLD)	18	18	19	19	18	19	17	18	25	36	50	62	58	58	52	55	51	50	51
Waldemar Pawlak (zzt. stellv. Ministerpräsident und Wirtschaftsminister, PSL)	41	39	44	44	41	42	45	39	45	47	47	42	44	45	42	44	44	43	41
Jan Vincent-Rostowski (zzt. Finanzminister, PO)	16	15	17	12	16	18	19	18	21	21	21	22	18	21	16	18	20	20	20
Grzegorz Schetyna (zzt. Sejmarschall, PO)	26	25	21	19	18	20	20	21	29	28	30	33	34	37	34	33	33	33	35
Radosław Sikorski (zzt. Außenminister, PO)	58	56	54	53	52	52	59	52	54	53	54	54	52	57	53	52	53	51	47
Donald Tusk (zzt. Ministerpräsident, PO)	50	55	55	49	48	49	54	53	57	60	61	58	54	58	55	56	54	52	47

PiS – Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit)

PO – Platforma Obywatelska (Bürgerplattform)

PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe (Polnische Bauernpartei)

PiN – Polska Jest Najważniejsza (Polen ist am Wichtigsten)

SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej (Demokratische Linksalianz)

Quelle: CBOS, BS/21/2011: *Zaufanie do polityków w lutym [Vertrauen zu Politikern im Februar]*. Warszawa 02/2011. www.cbos.pl

Vom 5. bis zum 18. April 2011

05.04.2011	Die Gleichstellungsbeauftragte der Regierung, Elżbieta Radziszewska, stellt in einem Brief an den Vorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, klar, dass es sich um eine Diskriminierung handele, wenn in öffentlichen Äußerungen suggeriert werde, dass sich ein Kaschube oder ein Schlesier mit polnischer Staatsangehörigkeit nicht als Pole fühlen könne. Kaschuben und Schlesier dürften von niemandem aus der staatsbürgerlichen Gemeinschaft der Republik Polen ausgeschlossen werden. Hintergrund sind Äußerungen von Politikern von PiS und der Bericht über die »Lage der Republik« von PiS, in dem das Bekenntnis zum Schlesiertum als getarnte deutsche Option gewertet wird. Am Vortag hatte der Dachverband der deutschen Minderheit in Polen, der Verband Deutscher Gesellschaften (VDG), in einer Stellungnahme zur Aussage von Kaczyński über die »getarnte deutsche Option« dagegen protestiert, dass im 21. Jahrhundert in Polen das Deutschsein als Vorwurf formuliert werde.
06.04.2011	Die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) reicht im Sejm einen Antrag auf ein Misstrauensvotum gegen Schatzminister Aleksander Grad ein. Ihm wird Tatenlosigkeit vorgeworfen, die sich ungünstig auf den Staatsschatz sowie auf die Energiesicherheit Polens ausgewirkt haben soll.
07.04.2011	Die Staatsanwaltschaft in Warschau stellt das Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Zbigniew Chlebowski, und den ehemaligen Sportminister Mirosław Drzewiecki (PO) in der sogenannten Glücksspielfläche aus Mangel an Beweisen für ein Strafverfahren ein. Den PO-Politikern war vorgeworfen worden, im Vorfeld der Novelle zum Glücksspielgesetz Kontakte zu Vertretern der Glücksspielbranche gehabt zu haben.
08.04.2011	Nach Angaben des stellvertretenden Finanzministers Ludwik Kotecki geht die Regierung im ersten Quartal 2011 von einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um 4,2 % im Vergleich zu 4,4 % im vierten Quartal 2010 aus.
10.04.2010	Auf dem Powązki-Friedhof in Warschau finden die Hauptfeierlichkeiten zum Gedenken an die Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk vor einem Jahr in Anwesenheit von Staatspräsident Bronisław Komorowski, Ministerpräsident Donald Tusk sowie Angehörigen der Verunglückten und Vertretern des öffentlichen Lebens statt. Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, Bruder des tödlich verunglückten Staatspräsidenten Lech Kaczyński, spricht derweil vor mehreren tausend Personen, die sich zu einer mehrstündigen Gegendemonstration vor dem Präsidentenpalast versammelt haben.
11.04.2010	Staatspräsident Bronisław Komorowski und sein russischer Amtskollege Dmitri Medwedjew gedenken in Smolensk des ersten Jahrestages der Flugzeugkatastrophe von Smolensk, bei der 96 Vertreter des polnischen öffentlichen Lebens, darunter Staatspräsident Lech Kaczyński, tödlich verunglückt waren. Die Passagiere waren auf dem Weg zu einer Gedenkveranstaltung in Katyn zum 70. Jahrestag der Ermordung polnischer Militär- und Polizeiangehöriger durch den sowjetischen Geheimdienst. Anschließend nehmen Komorowski und Medwedjew an einer Gedenkveranstaltung zum 71. Jahrestag der Mordaktion von Katyn teil.
11.04.2011	Im Rahmen der EU-Innenministerkonferenz teilt Innenminister Jerzy Miller mit, dass Polen bereit sei, über die Aufnahme einiger Dutzend politischer Flüchtlinge aus Libyen zu sprechen.
13.04.2011	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) stieg der Preisindex für Lebensmittel und Benzin im März auf 4,3 % von 3,6 % im Februar. Dies ist der höchste Anstieg seit September 2008.
13.04.2011	Außenminister Radosław Sikorski nimmt an der ersten Sitzung der Libyen-Kontaktgruppe in Katar teil. Polen gehört zu den fünf ständigen Mitgliedern der Gruppe, die die Politik gegenüber Libyen koordinieren. Bei einem Arbeitstreffen mit dem Vorsitzenden des Vorläufigen Nationalrats in Bengasi (Libyen), Mahmud Dschibril, sagt Sikorski die Hilfe und Solidarität Polens bei den demokratischen Bestrebungen der Libyer zu. Dazu würde beispielsweise die Schulung der libyschen Eliten gehören.
14.04.2011	Verteidigungsminister Bogdan Klich kündigt an, dass Polen für die Modernisierung der Armee bis zum Jahr 2018 ca. 45 Mrd. Zloty (ca. 11,37 Mrd. Euro) ausgeben wird.
14.04.2011	In Berlin findet das XV. Deutsch-Polnische Forum unter Vorsitz der Ko-Vorsitzenden des Forums, der Staatsministerin im Auswärtigen Amt und Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit, Cornelia Pieper, und des Direktors im Büro des Bevollmächtigten des Ministerpräsidenten für Internationalen Dialog, Krzysztof Miszczak, statt. An dem Forum nehmen über 100 Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur aus beiden Ländern teil. Auf dem Forum berichten zwei der drei Gründerväter des Weimarer Dreiecks, die Außenminister a. D. Hans-Dietrich Genscher und Roland Dumas, sowie der ehemalige polnische Außenminister Władysław Bartoszewski über die Gründungsphase des Weimarer Dreiecks vor zwanzig Jahren.

15.04.2011	Der Aufsichtsrat des Polnischen Fernsehen (Telewizja Polksa – TVP) beruft einen neuen Vorstand. Vorsitzender wird der Kandidat der Regierungskoalition, Juliusz Braun, der zuletzt Leiter der Abteilung Strategie und Analyse im Ministerium für Kultur und Nationales Erbe war. Zu stellvertretenden Vorsitzenden werden Bogusław Piwowar (Kandidat der Demokratischen Linksallianz/Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) und Marian Zalewski (Kandidat der Polnischen Bauernpartei/Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) bestimmt. Die Wahl muss vom Landesrundfunk- und -fernsehrat (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT) bestätigt werden.
16.04.2011	In Breslau beginnt das I. Niederschlesische Forum der Linken, das vom niederschlesischen Verband der Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Partia Socjalistyczna – PPS) organisiert wird. Diskutiert werden sollen die Rolle der Linken in der gegenwärtigen politischen Landschaft Polens, die Arbeitnehmerrechte und die Tätigkeit der Gewerkschaften. Am zweiten Tag soll sich das Forum der aktuellen sozialen Situation in Niederschlesien widmen.
18.04.2011	In einem Interview mit der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« äußert Sejmmarschall Grzegorz Schetyna, stellvertretender Vorsitzender der regierenden Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), die Meinung, dass der in der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (10. April 2010) tödlich verunglückte damalige Staatspräsident Lech Kaczyński nicht ein eigenes Denkmal verdient habe. Heute werde die Präsidentschaft von Lech Kaczyński vor dem Hintergrund der Katastrophe betrachtet, aber vor dem Unglück habe die große Mehrheit der Polen seine Amtsausübung negativ bewertet. Kaczyński sei nicht bereit gewesen, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, er sei der Staatspräsident allein von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) gewesen und habe dies nicht verhehlt.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der knapp 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2011 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen